

Ergebnisbericht

Bürger*innenrat

Gießen

Gießen schiebt die Verantwortung nicht weg!

Vorwort

Wir freuen uns, dass wir Gastgeber des bundesweit ersten Bürger*innenrates zum Thema „sexuelle Gewalt gegen Kinder und Jugendliche“ sein konnten, der am 4. November im Bürgerhaus Gießen-Kleinlinden stattfand. Der Bürger*innenrat ist ein sogenanntes „Good Practice“-Projekt, das wir gemeinsam mit dem Team der Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs und dem Bundesfamilienministerium im Rahmen der Kampagne „Schieb deine Verantwortung nicht weg!“ gestartet haben. Wir wollten wissen: Wie lassen sich Bürgerinnen und Bürger dafür erreichen, beim Thema sexuelle Gewalt Verantwortung zu übernehmen? Und wie kann der Schutz von Kindern und Jugendlichen gerade vor Ort verbessert werden? Denn trotz vieler Präventionsmaßnahmen in den letzten Jahren bleiben die Fallzahlen hoch, und viele Kinder und Jugendliche sind weiterhin gefährdet bzw. werden sexuell missbraucht. Deshalb beschäftigen uns diese Fragen als Fachberatungsstelle Wildwasser auf kommunaler Ebene ebenso wie unsere Kooperationspartner, das BMFSFJ und die UBSKM, auf der bundespolitischen Ebene.

Von den Ergebnissen des Bürger*innenrates sind wir sehr beeindruckt.

16 Bürgerinnen und Bürger sind unserer Einladung gefolgt und haben uns teilhaben lassen an ihren Ideen, Meinungen und Anregungen dazu, wie der Schutz von Kindern und Jugendlichen verbessert werden kann. Was wir erfahren haben, war sehr viel Bestätigung – weiter so, die Unterstützungsangebote von Wildwasser und die Öffentlichkeitsarbeit dazu sind gut. Aber auch: wir brauchen unbedingt mehr davon, sowohl in Menge als auch in der Art der Zugänge. Und immer wieder die Bot-

schaft: Menschen – ob direkt betroffen oder nicht – brauchen mehr Möglichkeiten, über dieses Thema zu sprechen, sowohl öffentlich als auch in geschützter Atmosphäre. Und noch eine weitere Botschaft hat uns erreicht: Bürgerinnen und Bürger haben etwas zu sagen zu dem Thema und möchten etwas beitragen zur Debatte.

Die konkreten Ergebnisse werden hier vorgestellt. Wir von Wildwasser sind ermutigt und motiviert für die weitere Umsetzung und fordern die politische Ebene auf, diese gesellschaftspolitische Aufgabe gemeinsam zu lösen.

Julia Birnthal

Wildwasser Gießen e.V.



Julia Birnthal von Wildwasser Gießen

Darum geht es

„Schieb den Gedanken nicht weg!“ – damit startete im November 2022 die gemeinsame Kampagne des Bundesfamilienministeriums und der Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs (UBSKM). Der Schwerpunkt: Darauf aufmerksam zu machen, dass Kinder und Jugendliche vor allem im eigenen Umfeld sexueller Gewalt ausgesetzt sind, und dies durchaus auch in direkter Umgebung. In diesem Jahr geht die Kampagne weiter, diesmal geht es darum, Erwachsene dazu zu bewegen, Verantwortung für den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt zu übernehmen – „Schieb deine Verantwortung nicht weg!“ In dieser zweiten Phase werden zahlreiche Elemente entwickelt, die es Menschen ermöglichen sollen, für einen besseren Schutz von Kindern und Jugendlichen aktiv zu werden. Neben zahlreichen niedrigschwelligen Broschüren- und Internetangeboten werden in sogenannten Good-Practice-Projekten gemeinsam mit regionalen Partnern Handlungsoptionen entwickelt, mit denen es gelingen kann, Erwachsene für ein Engagement bei dem nicht einfachen Thema sexuelle Gewalt zu gewinnen.

Eines dieser Projekte ist der Bürger*innenrat in Gießen, den die Unabhängige Beauftragte des Bundes und das Bundesfamilienministerium gemeinsam mit Wildwasser Gießen realisiert haben.



Heike Völger aus dem USBKM-Team



Bürger*innen und Kinderschutzexpert*innen sprechen über Erfahrungen, Erlebnisse und Ideen, wie der Schutz von Kindern vor sexueller Gewalt verbessert werden kann.

So kamen wir ins Gespräch

Am 4. November 2023 folgten rund 16 Bürgerinnen und Bürger der Einladung von Wildwasser Gießen und der Missbrauchsbeauftragten der Bundesregierung und trafen sich in Gießen-Kleindinden zum Bürger*innendialog. Die Zusammensetzung war sehr heterogen: Neben Teilnehmer*innen, die beruflich oder ehrenamtlich mit Kindern zu tun haben (Erzieher*innen, Hebammen und Lehrer*innen), kamen auch Menschen, die bisher mit dem Thema sexuelle Gewalt wenig bis gar nicht in Berührung gekommen sind.

Eröffnet wurde der Tag durch die Geschäftsführerin von Wildwasser Gießen, Julia Birnthaler und einen Impulsvortrag von Heike Völger aus dem Team der Missbrauchsbeauftragten. Beide machten die Dimension sexueller Gewalt gegen Kinder und Jugendliche klar und teilten ihr Wissen aus vielen Jahren Prävention, Intervention und Aufarbeitung.

Es wurde deutlich, dass Gießen sich durch eine engagierte Zivilgesellschaft auszeichnet. Dieses Engagement und die Bereitschaft, sich mit einem schwierigen Thema zu beschäftigen, spiegeln sich in den lebendigen Gesprächen in den Arbeitsgruppen des Bürger*innenrats wider. Abgesehen von den konkreten Ergebnissen aus den Gesprächen war klar, dass allein die Möglichkeit, sich mit anderen Menschen zu der Thematik auszutauschen, bereits als sehr wertvoll empfunden wird.

Zentrale Erkenntnisse

Wie können Erwachsene Kinder und Jugendliche bestmöglich schützen?

Es ist gesellschaftlicher Konsens, dass sexueller Missbrauch von Kindern und Jugendlichen inakzeptabel ist. Allerdings, das zeigten die Diskussionen beim Bürger*innenrat, ist nicht ausreichend genug darüber bekannt, was dagegen getan werden kann und wie Kinder und Jugendliche konkret geschützt werden können. Vielen fehlen Hinweise, wie sie Anzeichen sexueller Gewalt erkennen und dann handeln können.

Bei den Diskussionen in vier Arbeitsgruppen zeichneten sich vor allem drei zentrale Hemmnisse ab, die verhindern, dass Erwachsene aktiv werden, wenn es um den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt geht.

• Angst vor den sozialen Konsequenzen

Bürgerinnen und Bürger haben Angst davor, im Verdachtsfall etwas zu unternehmen, weil sie sich dadurch in ein Konfliktfeld begeben könnten, das sie nur schwer abschätzen können. Vor allem dann, wenn sie mögliche Täter oder Täterinnen oder das betroffene Kind persönlich kennen, stellen sich schon vor einer möglichen Intervention zahlreiche Fragen, deren Komplexität ein Eingreifen verhindern: Was mache ich, wenn ich beim möglichen Täter/Täterin abhängig beschäftigt bin? Er/Sie womöglich mein/e Vorgesetzte/r ist? Wie kann ich Eltern klarmachen, dass ich mir Sorgen um ihr Kind mache, ohne dass sie das empört von sich weisen? Was geschieht, wenn ich den allseits beliebten Trainer im Sportverein im Verdacht habe, alle anderen Eltern machen sich aber keine Gedanken? Bei der Entscheidung, ob etwas für den Schutz von Kindern vor sexueller Gewalt unternommen wird, spielt auch die Angst vor sozialer Ausgrenzung eine wichtige Rolle. Um hier Handlungssicherheit zu erreichen, wünschen sich Bürgerinnen und Bürger einen sicheren Rahmen, bevor sie handeln, einen konkreten Plan, dem sie folgen können.

1 Die hemmende Wirkung von Angst

Viele bleiben untätig, obwohl sie eine Vermutung haben, dass ein Kind sexueller Gewalt ausgesetzt ist. Die Angst, womöglich jemanden falsch zu beschuldigen ist hier größer als der Wunsch, ein Kind zu schützen. Diese Angst vor den Folgen eines Eingreifens artikulierten sehr viele der Teilnehmer*innen, fast immer ging es darum, dass ein Konflikt oder eine unangenehme Situation durch eine möglicherweise falsche Beschuldigung vermieden werden soll.

„Man will eigentlich nichts von der Sache wissen.“

• Angst vor dem Alleingelassenwerden

Viele Teilnehmer*innen des Bürger*innenrats befürchteten, allein zu bleiben, wenn sie den Verdacht äußern würden, dass ein Kind sexuell missbraucht wird. Sie sind der Meinung, dass sie in diesem Fall keine Unterstützung aus ihrem sozialem Umfeld erhalten würden.

2 Unsicherheit

„Ich prüfe und prüfe mein Bauchgefühl und glaube ihm dann doch nicht, das ist doch verrückt.“

Direkt anknüpfend an die Angst fühlen sich Bürgerinnen und Bürger oft unsicher, ob sie eine fragwürdige Situation richtig beurteilen. Im schlimmsten Fall lassen sie sich von ihrer Unsicherheit und von ihrem Zweifel lähmen.

Bürgerinnen und Bürger neigen dazu, sich beim Verdacht auf Missbrauch stark von den Einschätzungen ihrer Freund*innen beeinflussen zu lassen. Mitunter hat das zur Folge, dass sie ihrem Bauchgefühl nicht vertrauen.

Auch die Unsicherheit hinsichtlich möglicher negativer (rechtlicher) Konsequenzen einer falschen Bezeichnung (z. B. Verleumdung und üble Nachrede) hält Bürgerinnen und Bürger vom aktiven Einsatz ab. Aus diesem Grund wünschen viele sich die Möglichkeit, einen Verdacht anonym melden zu können.

3 Fehlende Informationen

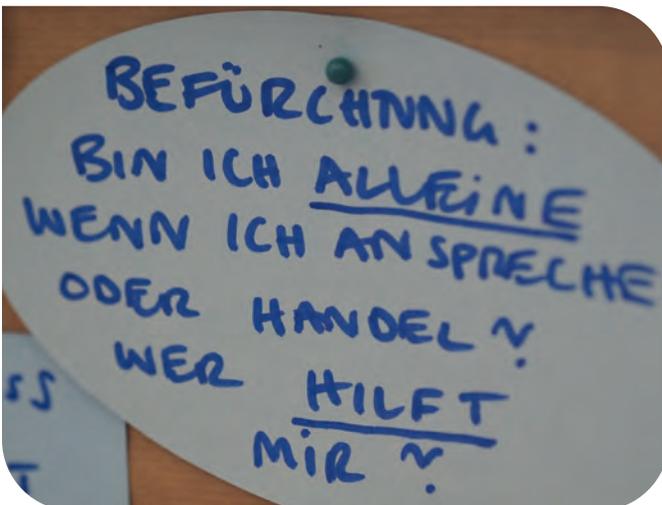
Bürgerinnen und Bürger fühlen sich unzureichend informiert und würden gerne wissen, wie sie konkret im Verdachtsfall handeln können, mit wem sie bei einem Verdacht am besten reden und nicht zuletzt, wem sie vertrauen können.

Teilnehmer*innen berichten auch, dass die richtigen Anlaufstellen nicht ausreichend bekannt sind und hilfreiche Informationsmaterialien oder -websites nicht einfach gefunden werden können. Stattdessen scheint es irreführende Informationen auf Wahlplakaten und im Internet zu geben, die eher desinformieren, als über Handlungsschritte beim Verdacht auf sexuelle Gewalt aufzuklären.

Zu wenig Kenntnisse zum Thema und zu wenig Zugang zu Hilfeangeboten – das sind Aspekte, die den ersten Kontakt zu einer Fachberatungsstelle oder zur Polizei erschweren oder gar verhindern.

Insbesondere vier Fragen stellen sich Bürgerinnen und Bürger, bevor sie etwas im Verdachtsfall unternehmen:

- 1. Mit wem rede ich als Erstes?
- 2. Werde ich ernst genommen?
- 3. Wie kann mir eine Fachberatungsstelle helfen?
- 4. Könnten sich negative Folgen für mich/meine Familie daraus ergeben?



Ideen, Anregungen, Forderungen – alles wird festgehalten und besprochen



Wie können Erwachsene motiviert werden, Verantwortung für den Schutz von Kindern zu übernehmen? Bürgerinnen entwickeln Ideen.

Empfehlungen zu neuen Strukturen und Angeboten

Beim Bürger*innenrat wurde nicht nur darüber gesprochen, warum es vielen so schwerfällt, für den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt Verantwortung zu übernehmen und aktiv zu werden.

Die Bürgerinnen und Bürger sprachen auch darüber, was ein Aktivwerden erleichtern könnte. Dabei wurden konkrete Vorschläge erarbeitet, deren Umsetzung aus Sicht der Beteiligten dringend notwendig ist.

1

Aufklärung: Mehr ist mehr!

„Wir brauchen von allem mehr!“

Die Bürgerinnen und Bürger waren sich einig: Es ist wichtig, dass Aufklärung in zahlreichen Formaten, auf allen Ebenen und in allen sozialen Kontexten stattfindet. Nur so kann das Thema sexuelle Gewalt gegen Kindern und Jugendliche gesellschaftlich sichtbar werden.

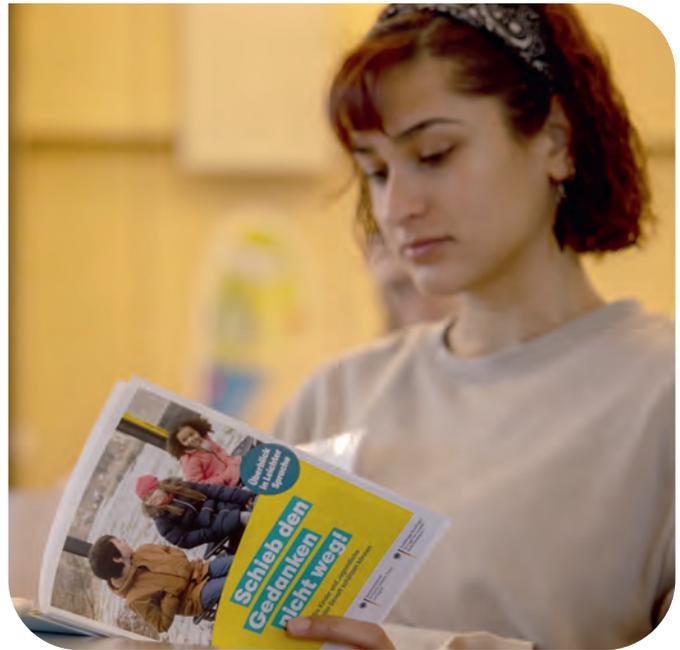
- **Informationsveranstaltungen insbesondere für Eltern** sollten in allen Bereichen angeboten werden – in der Schule, in Kitas, am Arbeitsplatz und in der lokalen Gemeinde.
- **Präventionsangebote für Täter und Täterinnen** könnten bei einem frühen Einsatz sexuellem Missbrauch vorbeugen.
- **Angebote in verschiedenen Sprachen** sind ein Muss, um alle Menschen zu erreichen.
- **Öffentlichkeitsarbeit** – Plakate und Flyer sind super, müssen aber überall sichtbar sein!

2

Institutionelle Grundlagen stärken

Um das Thema im Alltag von Kindern, Jugendlichen, Familien und Fachkräften präsent zu halten und dies auch politisch einzubetten, müssen Akteur*innen koordiniert handeln und Maßnahmen gut aufeinander abgestimmt werden. Das gelingt nur durch ausreichende finanzielle Förderung.

- **Einheitliche Schutzkonzepte** und deren Standards sollen in den unterschiedlichen Bereichen aufeinander abgestimmt und vereinheitlicht sein.
- **Engere Vernetzung von Institutionen** würde helfen, gemeinsame Mindestschutzstandards in allen Bereichen einzurichten.
- Verpflichtende Vorgaben wie ein **erweitertes polizeiliches Führungszeugnis im ehrenamtlichen Bereich**, bspw. für Trainer*innen von Kindern und Jugendlichen im Verein, sollten eingeführt werden.
- **Mehr Frauen in politischen Gremien – mehr Männer zum Thema.** Einerseits besteht der Wunsch nach einem höheren Frauenanteil auf den Entscheidungsebenen. Andererseits wünschten sich die Bürgerinnen und Bürger, dass sich verstärkt männliche Erwachsene an der Diskussion beteiligen sollten.



Was kann ich tun, wenn ich mir Sorgen um ein Kind mache? Die Hefreihe zur Nicht-wegschieben-Kampagne der UBSKM bietet klar und verständlich Informationen.

3

Bildung, Bildung, Bildung

Sexuelle Gewalt kann nur wirkungsvoll bekämpft werden, wenn das Wissen zum Thema möglichst früh dorthin kommt, wo es dringend benötigt wird. Die Bürgerinnen und Bürger sind der Meinung, dass Ausbildung, Weiterbildung und Fortbildung gerade für diejenigen, die beruflich mit Kindern und Jugendlichen umgehen, stark verbessert und vor allem verpflichtend werden müssen.

• Im Schulunterricht beginnen

Kinder können sich nicht alleine vor sexueller Gewalt schützen, dafür sind Erwachsene verantwortlich. Aber es ist nach Meinung der Teilnehmer*innen wichtig, dass Kinder ein starkes Selbstbewusstsein aufbauen, sie sollten die Botschaft „mein Körper gehört mir“ verinnerlichen und lernen, dass sie Hilfe von Erwachsenen holen können. Einige Teilnehmer*innen empfahlen darüber hinaus „WenDo“-Kurse für Mädchen mit weiblichen Trainerinnen. Diese Kurse würden die Selbstsicherheit stärken.

• Unterstützung für Eltern

Auch Eltern müssen wissen, wie sie mit dem Thema sexuelle Gewalt umgehen können. Der Bürger*innenrat empfiehlt, dass es auch hier viel mehr Angebote geben muss. Bspw. könnten entsprechend geschulte Kinderärzt*innen mit Eltern und Kindern über das Thema sprechen, womöglich auch im Rahmen der U-Untersuchungen.

Stimmen der Teilnehmer*innen

„Unsicherheit entsteht, weil Wissen fehlt.“

“Es braucht Mut zum Handeln.”

„Kinderschutz kostet Geld.“

„Kindeswohlgefährdung ist kein verpflichtender Bereich im Studium der Pädagogik.“

Fazit

Der Bürger*innenrat in Gießen-Kleinlinden hat vor allem eines gezeigt: Es gibt bei den Bürgerinnen und Bürgern ein sehr großes Bedürfnis, über das Thema sexuelle Gewalt gegen Kinder und Jugendliche zu sprechen. Im Alltag der meisten gibt es dafür allerdings keinerlei Gelegenheit. Und das, obwohl sich beim Bürger*innenrat an nur einem Nachmittag herausstellte, dass fast jede/r der zufällig zusammengekommenen Teilnehmer*in direkt oder indirekt Erfahrungen mit sexueller Gewalt gemacht hat oder jemanden kennt, die*der sexueller Gewalt in Kindheit und Jugend ausgesetzt war.

Nahezu alle Teilnehmer*innen berichten überdies von Situationen, in denen ihnen die Handlungssicherheit fehlte, um mit einem Verdacht umzugehen. In den Diskussionen ging es vielfach um Furcht vor sozialen Konsequenzen und die Unsicherheit darüber, wie angemessen mit einem Verdacht umgegangen werden kann. Diese beiden Punkte wurden als größte Hemmnisse von den Teilnehmer*innen angesprochen. Bei einem Verdacht wenden sich viele zunächst an eine Vertrauensperson, um mit dem Thema nicht alleine zu bleiben und sich beraten zu lassen. Viele Teilnehmer*innen schildern, dass hier von Vertrauten oft davon abgeraten wird, aktiv zu werden („Du bringst dich damit in Schwierigkeiten“).

Die Möglichkeit, im gemeinsamen Gespräch auch mit Expert*innen von Wildwasser Erlebtes berichten zu können und über ein Thema sprechen zu können, das im Alltag immer noch als unbesprechbar gilt, war für die Teilnehmer*innen eine wichtige und positive Erfahrung. Durch den Rahmen eines Bürger*innenrates, der von Anfang an größtmögliche Offenheit und vor allem einen selbstverständlichen Umgang mit dem Thema sexuelle Gewalt gegen Kinder und Jugendliche signalisierte, fühlten sich die Teilnehmer*innen motiviert, eigene Erlebnisse, Unsicherheiten und Ängste zu formulieren. Das gemeinsame Agieren im Bürger*innenrat setzte bei den Teilnehmer*innen viel Energie und Tatendrang für einen besseren Schutz von Kindern und Jugendlichen frei.

Auf dieser Basis berichteten die Teilnehmer*innen von Barrieren, die überwunden werden müssen und von Bedürfnissen, um aktiver werden zu können. Der Austausch lieferte viele Antworten auf die Frage, warum es vielen so schwerfällt, für den Kinderschutz aktiv zu werden und wie Kinderschutz konkret verbessert werden kann und erfüllte damit eine zentrale Zielsetzung des Bürger*innenrats.

Von politischen Verantwortungsträger*innen wünscht sich der Bürger*innenrat, dass Veranstaltungen wie diese, die die Möglichkeit zum Austausch zwischen Bürgerinnen und Bürgern und mit Kinderschutzexpert*innen ermöglicht, gezielt ausgebaut und gefördert werden. Die Teilnehmer*innen machten auch klar, dass sie sich Ansprechpersonen in Vereinen, Schulen oder in der Kita wünschen, die entsprechend ausgebildet sind. Auch die Bekanntmachung vorhandener Hilfeangebote mit Kampagnen und anderen Maßnahmen sollte unterstützt werden. Um mit der eigenen Unsicherheit nicht allein zu bleiben, wünschen sich viele sogenannte Schutzkonzepte in Einrichtungen und Vereinen, die einen reglementierten Verlauf skizzieren, was präventiv und im Verdachtsfall zu tun ist. Alle betonten, dass Informationsmaterialien oder Websites zwar hilfreich sind, aber den Austausch und das persönliche Gespräch nur ergänzen und nicht ersetzen können. Zudem forderten die Teilnehmer*innen umfassende Aufklärung in verschiedenen Formaten und sozialen Kontexten sowie verstärkte Bildungsmaßnahmen sowohl für Kinder als auch für Erwachsene, um alle zu informieren und zum Handeln zu befähigen. Immer wieder wurde betont, wie wichtig präventive Maßnahmen seien, auch hier wünschen sich die Bürgerinnen und Bürger mehr Unterstützung durch Verantwortliche in der Politik. Die klare Botschaft der Bürgerinnen und Bürger lautet: Mit der richtigen Unterstützung und Angeboten in allen Bereichen können wir Kinder und Jugendliche besser vor sexueller Gewalt schützen.

Hier finden Sie Unterstützung, wenn Sie sich Sorgen um ein Kind machen

Hilfe-Portal Sexueller Missbrauch

Das Hilfe-Portal Sexueller Missbrauch informiert Betroffene, Angehörige, Fachkräfte und alle, die sich Sorgen machen und bietet Kontakt zu Hilfe und Beratung vor Ort.

In der Datenbank finden Sie Beratungsstellen, Notdienste sowie therapeutische und rechtliche Angebote in Ihrer Nähe.

www.hilfe-portal-missbrauch.de

Hilfe-Telefon Sexueller Missbrauch

Wenn Sie sich Sorgen um ein Kind machen, einen Verdacht haben oder selbst betroffen sind, können Sie sich an das Hilfe-Telefon Sexueller Missbrauch wenden.

Das Hilfe-Telefon berät anonym, kostenfrei und mehrsprachig. Die Telefonzeiten sind:

Mo, Mi, Fr: 9.00 bis 14.00 Uhr und
Di, Do: 15.00 bis 20.00 Uhr

0800 22 55 530

Das Hilfe-Telefon Sexueller Missbrauch berät Sie auch online vertraulich und datensicher zu allen Fragen, die Sie bewegen sowie zum Vorgehen im Verdachtsfall.

www.hilfe-telefon-missbrauch.online



Beratungsstelle gegen den sexuellen Missbrauch an Mädchen und Jungen

Liebigstr. 13
35390 Gießen
0641 / 76545

info@wildwasser-giessen.de
www.wildwasser-giessen.de

Impressum

„Schieb deine Verantwortung nicht weg“
ist eine Kampagne von



Gestaltung: Wigwam eG
Redaktion: Stefan Frohloff
Fotos: Henri Giese, Kerstin Schmidt, Stefan Frohloff
Kontakt: kampagne@nicht-wegschieben.de
Stand: November 2023, 1. Auflage

Das Hilfe-Portal Sexueller Missbrauch
ist ein Angebot der Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs (UBSKM).

Das Hilfe-Telefon Sexueller Missbrauch ist ein Angebot von N.I.N.A. e. V. – gefördert von der Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs.